

21. 05. 85

Sachgebiet 210

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Ströbele und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/3305 —**

System fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweise

Der Bundesminister des Innern – I S 6 – 646 103/11 II – hat mit Schreiben vom 20. Mai 1985 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Trifft es zu, daß Regierungen anderer Länder Interesse für das in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte System des maschinenlesbaren, fälschungssicheren Personalausweises und entsprechender Lesegeräte bekundet haben?

Wenn ja, um welche Länder und Staaten handelt es sich?

Die in der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigte Einführung fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweise beruht auf Empfehlungen des Europarates vom 28. September 1977 und der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) vom 9. Mai 1980. Zahlreiche europäische und außereuropäische Staaten haben ihr Interesse an dem Projekt bekundet. Neben den Mitgliedstaaten des Europarates handelt es sich um folgende Staaten: Ägypten, Australien, Volksrepublik China, Indien, Irak, Japan, Mexiko und die Vereinigten Staaten von Amerika.

2. Trifft es zu, daß auch außereuropäische Länder, insbesondere Staaten, in denen Militärdiktaturen herrschen, Interesse gezeigt haben?

Die Frage ist unter 1. beantwortet.

3. In welcher Form wurde dieses Interesse geäußert?

Vertreter der angeführten Staaten haben um Informationsgespräche gebeten.

4. Gab es bezüglich dieses Systems Kontakte bzw. Gespräche zwischen Vertretern dieser Staaten und Vertretern der Bundesregierung oder der deutschen Sicherheitsbehörden?

Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Die Vertreter der vorgenannten Staaten wurden anlässlich der Informationsbesuche über das beabsichtigte Personalausweissystem unter Wahrung von Belangen der inneren Sicherheit unterrichtet.

5. Sind für die Zukunft solche Gespräche oder Kontakte geplant? Wann und mit Vertretern welcher Staaten?

Nein.

6. Beabsichtigt die Bundesregierung, andere Staaten – auch solche in denen Militärdiktaturen herrschen – mit Rat und Tat, z. B. der Lieferung von Know-how, bei der Einführung solcher Personalausweissysteme zu unterstützen?

Wenn ja, warum und welche Staaten im einzelnen und in welcher Weise?

Oder gibt es Bedenken aus politischen Gründen?

Die Bundesregierung hat keine entsprechenden Absichten.